

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Saale-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags... Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zellen berechnet...

Die „unsichtbare“ Besatzung.

Von unserem Mitarbeiter im Ruhrgebiet.

Essen, 9. April.

Die französischen Besatzungsbehörden an Rhein und Ruhr und die Staatsmänner in Paris haben die Welt von Zeit zu Zeit über ihre wahren Absichten zu täuschen. So verbreiten sie in bestimmten Zeitabschnitten die Legende, dass Besatzungsbesatz an Rhein und Ruhr wird vermindert oder auf bestimmten Aufgaben beschränkt. Sie nennen das in ihrer Sprache die Besatzung „unsichtbar“ machen. Die Bevölkerung im als- und nördlichen Gebiet merkt von dieser angeblichen Verminderung und Erleichterung der Besatzungslast nicht das geringste. Es ist bekannt, daß die Zahl der Truppen nicht um einen Mann vermindert worden ist. Es hat lediglich eine kleine Umgruppierung stattgefunden. Auch politisch und verwaltungsmäßig ist von einem neuen Geist bei den augenblicklichen Maßnahmen im besetzten Gebiet nichts zu spüren. Verschiedene Ansichten der letzten Tage deuten vielmehr darauf hin, daß Rhein und Ruhr unter neuen verstärkten Druck gestellt werden und möglicherweise neue Sanktionen gegen die „unabhängigen“ Industriellen verhängt werden sollen. Gerade unerwartet ist das Verlangen des französischen Oberkommandos in Düsseldorf, daß alle Reichs- und Staatsgeseh im Ruhrgebiet erst dann angewandt werden sollen, wenn sie ihm vorgelegt und innerhalb einer Prüfungsfrist von einem Monat nicht beanstandet sind. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Anordnung für den Eingang der Steuern geradezu verhängnisvoll wirken muß. Die Herren im französischen Kommando beschließen aber offenbar, das deutsche Steuerwesen im besetzten Gebiet gänzlich zu ruinieren, denn sie wollen alle bestrafen, die auf Grund eines noch nicht zugelassenen Steuergesetzes Zahlungen fordern oder leisten.

Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger

Durch die französischen Kriegs- und Militärpolizeigerichte hat nach wie vor an der Tagesordnung. Ein Amtmann Jakob in Zangeneer wurde zu sechs Monaten Gefängnis und tausend Goldmark Geldstrafe verurteilt, weil er der Aufhebung eines französischen Kriminalbeamten, ihm Betrug zu liefern, nicht sofort entsprochen hatte. Die Landwirte werden gezwungen, ihre Pferde den Besatzungsbehörden zur Besichtigung vorzuführen. Natürlich kann die Besatzungsbefugnisse nur militärischen Zwecken dienen. Die Bewohner werden auch sonst nach wie vor in jeder Weise schikaniert und brutalisiert. Eingriffe in die Freiheit der Einzelnen und der Gesellschaften und großen Werte finden jeden Tag statt. Verschiedene Ortsbelegte und Militärpolizeibehörden verlangen von dem Bürgermeister ihres Bezirks Bescheinigungen der wichtigsten Stillenwerke und geben in ihrem Stadtkreis mit Angabe der Zahl der Angestellten und Arbeiter, ferner Angaben über die Größe der Kantinen, kommunalen und Kriminalpolizei, bescheidenen Mitteilungen über jeden Verein und jede Gesellschaft mit ausführlicher Bezeichnung der Vorstandsmitglieder und Vereinsmitglieder unter der Androhung, daß widerspenstige Vereine grundsätzlich keine Genehmigung zu irgendwelchen Veranstaltungen erhalten sollen. Der Zweck ist durchsichtig. Man will die Industrie genau kontrollieren und bespionieren.

Das Vereinswesen wird geknackt, und die deutsche Presse darf den Mund nicht aufkriechen. Die vor Jahresfrist beschlagnahmte Drucker des „Düsseldorfer Tagblattes“ ist noch immer nicht freigegeben. Trotz dringender Vorstellungen durch den deutschen Vizekonsul in Paris und den Kardinal Baur in Köln. In den Räumen dieses Blattes wird jenseits französische Nachrichtenblatt gedruckt, das heißt von „Vorwärts“ als „das schmutzigste aller Blätter“ bezeichnet worden ist und dessen ganze Tendenz darin besteht, die deutsche Bevölkerung zu verwirren und an der deutschen Regierung irre zu machen. Die Einquartierungslast ist nach wie vor außerordentlich drückend. Sie wird verstärkt durch die Tausende, daß zahlreiche französische Offiziere und Unteroffiziere ihre Familien aus Frankreich nachkommen lassen. Hunderte von Quartieren für diese Familienangehörigen werden von den deutschen Wohnungswörtern angefordert und, wenn sie nicht zur Verfügung gestellt werden, fliegen deutsche Familien rücksichtslos aus ihren Räumen heraus. So bedeutet die französische Besatzung an Rhein und Ruhr eine unerträgliche Last für die Bevölkerung und für das Reich. 640 Goldmarktionen kostet uns zurzeit die Besatzung!

Wahrheit über unsere Leistungen.

Den falschen Aufstellungen der Repto über die Reparationsleistungen Deutschlands seit dem Waffenstillstand können zwei Berechnungen von unparteiischer Seite entgegengesetzt werden. Die eine rührt her von dem volkswirtschaftlichen Institut in Washington. In ihrer Unterlegung, der gegebenen ausständigen Entschädigungsfrage, werden die Kosten der Reparationserfüllung bis 30. September 1923 auf 25,8 Milliarden Goldmark berechnet, das ist 17 1/2 Milliarden mehr als die Repto anerkennt, und 15 Milliarden weniger als sich nach den Berechnungen der deutschen Regierung ergibt. Auch den Untersuchungen von Keynes in seiner Zeitschrift „The Nation“ kann die Aufstellung der Repto nicht standhalten. Keynes stellt fest, daß die Summe dessen, was Deutschland besitzt und abgeben darf, viel größer ist als bei ihm in den Büchern der Repto gutgeschriebene Betrag, und er weist nach, daß jährliche Kosten in der Reparationsrechnung unter ihrem wirklichen Wert angelegt sind. Besonders auffallend ist der Unterschied zwischen der von der Repto

vorgenommenen Guttschrift und dem tatsächlichen Wert bei den Saarbergwerken und bei der Handelsflotte. Keynes gelangt zu einer Gesamtsomme von 28 Milliarden Goldmark, so daß auch durch seine Unterlegung die irreführenden Berechnungen der Repto ad absurdum geführt sind.

Der Versailles Vertrag als Keimstätte des Krieges.

Der norwegische Ministerpräsident Krøger ging in einer Rede über das Wehrproblem der Regierung auch auf den Versailles Vertrag ein. Er äußerte seine Meinung dahin, daß dieser Vertrag und die Ereignisse nach ihm weit davon entfernt seien, als Grundlage für eine wirkliche Friedensperiode zu dienen, daß sie vielmehr eher Keime zu neuen Verwicklungen enthielten.

Durch die Friedensverträge seien nationale, politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bande einer jahrhundertelangen Entwicklung zerschnitten worden, so daß das Streben, sie wieder aufzufassen, unumgekehrbar hervortreten müsse. Allein die offenbar werdende Neigung hierzu könne schon den Frieden gefährden. Deshalb sei es natürlich, daß unter denen, die diesen Frieden diktiert haben, der Gedanke erwogen wird, besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Status quo zu treffen. Man habe sogar erwogen, den Widerstand mit wirtschaftlichen Maßnahmen auszuzulien, um die durch den Versailles und die übrigen Verträge erzielten Veränderungen auf der Karte Europas zu sichern. Könnte man sich da einen deutlicheren Beweis dafür denken, daß diejenigen, die sich ernsthaft mit der Weltpolitik beschäftigen, überzeugt sind, daß die Situation noch weit entfernt von ihrer Stabilisierung ist und daß eine wirkliche Gese für einen Ausgleich der Unmöglichkeit und Unklarheit in einem neuen Appell an die Waffen vorliegt?

Sind die Vorschläge annehmbar?

Dr. Gorge, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Mitglied des Direktoriums der Kruppwerke, erklärte dem Berliner Vertreter der Agentur Reuters: Nach Durchsicht des Auszuges des Berichtes der Sachverständigen hinsichtlich der Vorschläge, daß die Vorschläge der Sachverständigen annehmbar werden müssen. Die Forderungen, welche den deutschen Industrieländern aufgebauert werden sollen, sind riesig schwer, aber die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden, vor allem insofern sie losgelöst sind von den militärischen und politischen Erwägungen und nur auf wirtschaftliche Basis

sich stellen, und da wir kaum weitere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen. Dr. Gorge betonte, daß die volle Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Hoheit in den besetzten Gebieten, nämlich die Abschaffung der franco-belgischen Regie und der Zollstrafen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet absolute Vorbedingung für die Erfüllung der von den Sachverständigen festgelegten Bedingungen ist. Er erklärte ferner, daß es für die Industrie eine Erleichterung sei, wenigstens auf einige Jahre im voraus endgültige Zahlungen festgelegt zu sehen, obgleich es vorzuziehen gewesen wäre, eine Gesamtsomme der Reparationen festgelegt zu sehen, da dadurch die deutsche Industrie instand gesetzt wurde, ihre Pläne dementsprechend aufzustellen. Dr. Gorge erklärte mit Nachdruck, daß die

Ausführung der Vorschläge

der Sachverständigen nur möglich sei, wenn eine internationale Anleihe aufgebracht werden könne, drückte sich aber über diese Angelegenheit etwas Reptilisch aus. Er fügte hinzu, über zu sein, daß, sobald die Vorschläge der Sachverständigen von der deutschen Regierung angenommen sind, die deutschen Industrieländer ihr Bestreben tun werden, um der Regierung bei ihrer Ausführung zu helfen, obwohl er sich keiner Klauen hingabe, angefaßt der ungenaueren Zahlen, die die deutsche Industrie auf viele Jahre hinaus zu tragen haben würde.

In drei Zeilen Das Wichtigste vom Tage.

Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig den Bericht der Sachverständigen angenommen und beschlossen, daß die deutsche Delegation am 17. April „vorher“ werden sollen.

Die gestrigen mit dem Atom geführten Verhandlungen sind zu keinem Abschluß gelangt. Sie werden Sonntag, vormittags 10 Uhr, fortgesetzt.

Das Reichsministerium trat gestern in Beratungen über die Sachverständigenauktionen ein. Am Montag soll eine gemeinsame Sitzung des Reichspräsidiums mit dem Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Länder über die Gutachten stattfinden.

Der „Tempo“ meldet aus Brüssel, daß man aus Genuß zuverlässige Informationen annehmen könne, daß die belgische Regierung die Entschädigung der Sachverständigen als Ganzes annehmen werde.

Das dritte Versailles.

II. Die deutsche Antwort.

Was die Sachverständigenvorschläge für uns bedeuten, ist durch die Ueberschrift „Das dritte Versailles“ gekennzeichnet. Durch das zweite Versailles haben die Franzosen nichts Politisches erreicht, jetzt soll es ihnen das dritte Versailles bringen. Was unter Gefühl auf die neuen Zumutungen antwortet, ist in dem geistigen Aufbau gelagt.

Wer Politik ist nicht Gefühlslage. Zwar darf unsere Antwort nicht lediglich von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt werden und nicht einmal parmen. Denn Politik ist nicht Wirtschaft! So wenig wie Gefühl! Wirtschaft ist individuell, private Angelegenheit. Politik ist überindividuelle Gesamtangelegenheit. Und wird das Gesamtinteresse vernachlässigt, so geht auch die beste Einzelwirtschaft zugrunde. Deshalb muß man von vornherein entchiedenite Vernunft einlegen gegen den Standpunkt, der in Kreisen des Reichsverbandes der deutschen Industrie laut geworden ist: man solle die Vorschläge ruhig annehmen, denn die erste Milliarde des ersten Jahres gäbe der Industrie Beschäftigung, und das sei die Hauptfrage. Wenn lo daß Einzelinteresse über das Gesamtinteresse, die Wirtschaft über den Staat liegen soll, dann sind Staat — und Wirtschaft verloren. Politik ist mehr als Wirtschaft, ist eine Frage der Staatsmoral. Jener höheren, überindividuellen Betrachtungsweise, die die einzelnen zum Volk, die Volksgemeinschaft zum Staats macht. Nationale Begeisterung und Opferbereitschaft ist der Ausdruck gelebter Volksmoral, die in erster Linie den Staat und dadurch die Wirtschaft gesichert wissen will. So sind es das politische Gefühl und der Sinn für den Staat, die unsere Stellungnahme entscheiden müssen. Bitte aber legen uns! (Zurück)

Eine glatte Ablehnung der Vorschläge ist unmöglich. Unmöglich deshalb, weil dann Frankreich vor aller Welt auf diesen Beweis des hohen Willens Deutschlands pochen und daraus einen im größten Teil der Welt gefühlten Rechtsgrund für Gewaltmaßnahmen herleiten könnte, gegen die wir wehrlos sind.

Wir müssen uns gegenüber den Zumutungen der Sachverständigen auf die Nacht stellen, die allein uns helfend zur Seite steht. Das ist nicht die Gewalt der Waffen, wie vorkriegliche Brautköpfe wähnen, sondern die Macht des Rechts, des Rechts, dem sich als einer ewigen Menschheitsidee die öffentliche Meinung der ganzen Welt beugt und auch Frankreich sich beugen muß, wenn es nicht ins Verderben rennen will. Deshalb muß unsere Antwort lauten: erst geht uns unser Recht, dann werden wir verhandeln. Unter Recht versteht die Erfüllung einer Reihe von moralischen, politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen, von denen die wichtigsten sind:

- Befreiung der deutschen Länder von allen farbigen Truppen. Rückzug der Franzosen aus den über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebieten. Freigabe aller Ruhrgefangenen und aller sonstigen in Frankreich zurückgehaltenen politischen und Kriegsgefangenen. Erklärung, daß die 15jährige Besatzungsbauer der alibesetzten Gebiete mit Friedensschluß begonnem hat. Vertragsmäßige Regelung der Frage der deutschen Kolonien. Einstellung der französischen Interferenzen der schiedlichen und politischen Rüstungen. Aufhebung aller Zoll- und Verkehrsbeschränkungen zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet. Schließung des Laoks im Westen. Freigabe des deutschen Handels mit allen Ländern der Welt. Anrechnung der im besetzten Gebiet während des widerrechtlichen Ruhrstreiks angerichteten Schäden auf die Reparationssumme.

Unsere Regierung muß erklären, daß sie zur Erfüllung dieser Bedingungen es vor der gütlichen Verhandlung und vor dem deutschen Volk nicht verantworten kann, die Vorschläge der Sachverständigen dem deutschen Volk zur Prüfung ihrer Erfüllbarkeit und vernünftigen Annahme vorzulegen. Die Regierung muß weiterhin erneut und mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß nicht nur Frankreich, sondern Amerika, England, Italien und alle anderen Entente-länder sich dem deutschen Volk gegenüber auf Wilsons 14 Punkte festgelegt und weitergehende Zugeständnisse von uns nur unter Beach der Waffenstillstandsbedingungen rechtsmäßig mit Gewalt erpreßt haben.

Die moralische Grundlage des Vertrages von Versailles, die deutsche Schuld am Weltkrieg, durch die inwischen gemachten objektiven Feststellungen widerlegt worden, dagegen aber erwiesen ist, daß Frankreich und Voincaré zu den Hauptschuldigen des Weltkrieges gehören, so daß es eine Verhöhnung der ewigen Gerechtigkeit ist, wenn der Schuldige unter dem Deckmantel eines erlogenen Rechtes dem Unschuldigen die Sühne des eigenen Verbrochenes auferlegt.

Endlich, daß Frankreich unter der Kanzel: „Die Waffen nieder, Freiheit den Völkern“ die Welt zum Kampf gegen Deutschland aufgerufen und nicht nur Deutschland und die Völker der Erde betrogen, sondern Frieden und Freiheit verraten hat. Die ewige Gerechtigkeit und der heilige Glaube der Menschheit ist unsere Macht: aus ihr wollen wir die Antwort an Frankreich herleiten.

